

„Der Wind bläst in unserem Land nicht stark genug“

Stromerzeugung StZ-Leser kommentieren die Debatte über die Windkraft in Baden-Württemberg und grundsätzliche Probleme der Energiewende. Auf scharfe Kritik stößt Tübingens OB Palmer, der den Bau von Windrädern für wichtiger hält als den Schutz des Rotmilans.

Vorbild München

Wer hätte das gedacht? Jetzt stellt sich der grüne OB von Tübingen, Boris Palmer, in die Reihe derer, die gerne auch noch den Artenschutz aushebeln würden, um unser schönes Land ungebremst mit Windrädern zupflastern zu können. Er befindet sich dabei in guter Gesellschaft mit dem scheinbar so glaubwürdigen grünen Ministerpräsidenten, dem aber offensichtlich Windräder weitaus wichtiger sind als der Schutz von Mensch, Tier und Landschaft.

Das verstehe, wer will, dass ausgerechnet Politiker, deren Partei sich in der Vergangenheit vehement für Natur- und Tierschutz starkgemacht hat, streng geschützte Tierarten dem Bau von Windrädern in annähernder Höhe des Stuttgarter Fernsehturms opfern wollen. Dabei fördern diese Windräder im Schwachwindland Baden-Württemberg weder den Klimaschutz noch die Energiewende. Wenn der Wind nicht stark genug weht, was in Baden-Württemberg in der meisten Zeit der Fall ist, müssen Kohle- oder Gaskraftwerke hochgefahren werden, die beim Hochfahren weit mehr CO₂ ausstoßen als bei kontinuierlichem Betrieb.

Ökologische und ökonomische Vernunft gebietet, Windräder dort zu errichten, wo der Wind nicht nur an wenigen Tagen ausreichend stark weht. Die Stadtwerke München haben dies erkannt und die Planungen für Windräder im Binnenland gestoppt!

Bernd Fischer, Remshalden-Buoch

Wer profitiert?

Der aktuelle Streit über die Aufstellung eines Windrades in Horb wäre für eine unabhängige Zeitung ein guter Anlass, sich mit der Erzeugung von Strom aus Wind in Baden-Württemberg gründlich auseinanderzusetzen. Ich musste mich mit dem Thema selber beschäftigen und bin auf Fakten gestoßen, die der Öffent-

lichkeit wohl bewusst vorenthalten werden. Grund allen Übels ist, dass der Wind in unserem Bundesland nicht häufig und nicht stark genug bläst, um ein Windrad wirtschaftlich betreiben zu können. Dies gilt auch für Spitzenlagen wie den Schwarzwaldkamm. Dennoch wird die Landschaft mit den Anlagen zugestellt.

Die Hauptnutznießer eines Windrads im Süden sind die Grundstücksbesitzer, die enorme Pachten erhalten, und natürlich die Windkraftindustrie, der es nach dem Verkauf gleichgültig ist, ob sich ein Rad dreht oder nicht. Die Stromindustrie bekommt ihr Geld gesetzlich verbrieft, denn über das EEG können die Kapital- und Wartungskosten einfach auf den Kunden umgelegt werden. Und auch die grünen Politiker sichern sich ihre Wählerstimmen und damit ihre Posten durch das Schönreden der Energiewende. Herr Kretschmann sollte als Ministerpräsident durch sachlich begründete Entscheidungen für alle Bürger handeln und nicht nur seine Klientel bedienen.

Guido Hasel, Renningen

Verschandelung

Weder die Regierung noch die Wirtschaft oder gar die Umweltverbände haben ein funktionierendes Konzept zur Umsetzung der Energiewende entwickelt. Die Regierung Merkel steht auch hier nicht gerade für große Würfe und hintertreibt mehr, als dass sie etwas voranbringt.

Die Umweltverbände wie Greenpeace und die Grünen kochen ihr eigenes Süppchen. Sie stehen Pate bei der größten Umweltverschandelung der Nachkriegszeit. Jeder darf Windräder aufstellen, wo immer es ihm passt. Landschaftsschutzgebiete, Fauna-Flora-Habitatgebiete, Vogelschutzgebiete verhindern das nicht. Auch wenn der Wind nicht ausreicht, wie etwa in Schwachwindgebieten, ist das kein Hinderungsgrund, dann baut man eben höher – wie bei Dornstadt im Alb-Donau-Kreis, wo jetzt ein 200 Meter hohes Windrad steht. Zum Vergleich: das



In Dornstadt im Alb-Donau-Kreis wird die höchste Windkraftanlage Baden-Württembergs errichtet. Foto: dpa

Ulmer Münster als höchster Kirchturm der Welt ist nur 161,53 Meter hoch.

Leider gibt es keine Wende zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Energie. Jetzt wird unser Energiehunger eben zusätzlich mit Windkraft gestillt. Die Energieverschwendung bekommt damit ein grünes Mäntelchen.

Conrad Fink, Freiberg a. N.

Und die Umlage steigt

Den Kommentar „Murphys Gesetz“ von Frau Krauß möchte ich nicht unwidersprochen hinnehmen. Welche Probleme bei der Netzanbindung durch Kriegsalasten, Kabelengpässe etc. auftraten, kann ich nicht beurteilen. Auch wenn Rot-Grün den Offshore-Windanlagenbau angestoßen hat, es waren vor allem Vertreter der schwarz-gelben Koalition, die propagiert haben, die Anlagen dort zu bauen, wo der Wind am meisten weht und die Sonne am heftigsten scheint, also möglichst weit weg.

Was den Verbraucher durch Beschluss der aktuellen Bundesregierung die fehlende Netzanbindung kostet, muss einmal verdeutlicht werden: In dem von den vier großen Netzbetreibern beauftragten Gutachten über die Höhe der EEG-Umlage für 2013 wird von einer Auszahlung an die Offshore-Windanlagenbetreiber von über 343 Millionen Euro ausgegangen. Dem steht ein ausgewiesener Börsenerlös von null Euro gegenüber, und das, obwohl seit 2009/2010 Offshore-Windanlagen in Betrieb sind.

Mit dem Geld, das in einem Jahr vom Verbraucher kassiert wird, könnten über 100 Onshore-Anlagen in Größe und Leistung des Ingersheimer Windrades gebaut werden. Da die Vergütung pro Kilowattstunde bei Offshore-Anlagen weit über denen von Landanlagen und auch über der viel gescholtene Vergütung für Fotovoltaik-Anlagen liegt, wird mit Fertigstellung jedes Windparks im Meer die EEG-Umlage munter weiter steigen.

Ulf Praun, Ludwigsburg

In Mithaftung

Zu Erste Lichtblicke, kein Aufschwung, 15. August 2013

Der Leitartikel endet mit dem Satz „Die europäische Krise ist nicht überwunden“. Dieser Satz trifft für die EU mit 28 Staaten und den Euroraum von 17 Staaten in vollem Umfang zu. Charles de Gaulle wollte ein Vaterland der Vaterländer und kein föderalistisches Europa. Es erhebt sich die Frage: Was hat uns der Euro eigentlich gebracht?

Neben der Erleichterung bei der Umrechnung von Währungen gravierende Nachteile wie das Aufbrechen von Nationalismen mit Beschimpfungen der Kanzlerin und der Deutschen, Zunahme der Korruption in ganz Europa, eine verheerende Arbeitslosigkeit in Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Frankreich, Vertragsbrüche am laufenden Band, ein reformunwilliges Frankreich.

Wir alle wollen Europa, aber nicht ein Europa mit dem jetzigen Euro, der in einer Mithaftung für Schulden unserer Nachbarn enden kann und wird.

Karl Walser, Stuttgart

Aufschrei wäre nötig

Zu Deutschland rüstet Golfstaaten auf, 8. August 2013

Dieser 26-Zeilen-Beitrag gehört eigentlich auf die Seite 1 mit extrastarkem Aufmacher und kritischem Kommentar. Wenn Medien so verharmlosen und nicht lauthals aufschreien, wenn es wirklich brennt, machen sie gemeinsame Sache mit dieser Politik

Helen von der Theunen, Stuttgart

Briefe an die Redaktion

Bitte geben Sie auf dem Leserbrief (auch auf E-Mails) Ihre Anschrift und Telefonnummer an. Von den vielen Einsendungen, die uns täglich erreichen, können wir nur einen Teil veröffentlichen. Um viele Leser zu Wort kommen zu lassen, müssen wir Zuschriften auch kürzen.

Stuttgarter Zeitung, Leserforum
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Fax 0711/72 05-12 34, Telefon: 07 11/72 05-111
E-Mail: redaktion@stz.zgs.de

Auch mit iPad 4 oder Samsung Galaxy Tab 2

z.B. mit iPad mini

StZ digital

Ab 20 Uhr am Vorabend lesen

Alle Lokal- ausgaben Ihrer Zeitung

Weltweit lesen auf PC, Tablet und Smartphone

ebenfalls erhältlich mit iPad 4 oder Samsung Galaxy Tab2

StZ digital mit Tablet – Ihr Rundum-informiert-Paket.

Starten Sie mit dem StZ Digitalpaket in die Welt des digitalen Zeitunglesens.

Ob auf Papier gedruckt oder digital auf Ihrem Tablet – es gibt viele Möglichkeiten, wie, wann und wo Sie Ihre Stuttgarter Zeitung lesen können. Mit dem StZ Digitalpaket bleiben Sie

immer aktuell und umfassend informiert und erhalten das Tablet Ihrer Wahl zum attraktiven Paketpreis*. Sichern Sie sich jetzt schon ab 15,90 Euro im Monat alle Vorteile der digitalen

Ausgabe der Stuttgarter Zeitung und genießen Sie StZ digital auf Ihrem neuen Tablet. Einfach online informieren und bestellen unter www.stuttgarter-zeitung.de/digitalpaket

STUTTGARTER ZEITUNG
BESSER L E S E N .

Jetzt informieren und bestellen: www.stuttgarter-zeitung.de/digitalpaket

*Laufzeit mindestens 24 Monate. Zuzahlungen und weitere Paketpreise siehe www.stuttgarter-zeitung.de/digitalpaket

